



Die Vorsitzende des  
Ausschusses für Frauenangelegenheiten  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3314  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 08.05.2013

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Frauenangelegenheiten
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Frauenangelegenheiten  
am Dienstag, 14. Mai 2013, um 17:00 Uhr,  
WIF e.V. Wiesbadener internationales Frauen- und Mädchen-Begegnungs- und  
Beratungs-Zentrum , Rheinstraße 79, 65185 Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung 1

1. Genehmigung der Niederschrift vom 12.03.2013

2. **13-A-14-0002**

Vorstellung des WIF e.V durch den Vorstand

3. **13-F-08-0043**

Cybermobbing in sozialen Netzwerken  
Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 30.04.2013

Über Ostern wurden im sozialen Netzwerk Facebook Nackt- und Sexfotos junger Mädchen zwischen 14 und 17 Jahren eingestellt und deren Facebook-Profile darauf verlinkt. Erschreckend war darüber hinaus, wie diese zum einen von anderen, in der Regel gleichaltrigen Facebook-

Nutzer\_innen, kommentiert wurden, aber auch wie in Folge Erwachsene die Berichterstattung in den Medien kommentierten: Etwa 80% befanden die Mädchen für "selbst schuld" und wollten "kein Mitleid" aufbringen. Dies zeigt das gesellschaftliche Klima auf in dem solche Dinge geschehen können.

Der Vorfall steht in einer Linie mit ähnlichen Vorfällen weltweit, nach denen auch mehrere junge Mädchen Suizid begangen haben. Psychisch negative Folgen sind in allen Fällen mehr als wahrscheinlich.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Erkenntnisse er über die Vorfälle hat.
2. welche Anlaufstellen es für Betroffene in solchen Situationen gibt (Hilfsangebote und Strafverfolgung)?
3. welche personelle Ausstattung es an Schulen für Cybermobbing bzw. sexuelle Übergriffe gibt und in welcher Form solche Angebote ausgestaltet sind.
4. ob es eine Aufarbeitung der Vorfälle mit einer breiten Diskussion an den Wiesbadener Schulen gibt, welches auch die Reaktionen der Nutzer\_innen als Mittäter\_innen berücksichtigt und reflektiert?
5. ob und welche Awareness-Projekte und -Initiativen es insgesamt in Wiesbaden gibt (Sensibilisierung der Gesellschaft bezüglich sexistischem und grenzverletzenden Verhalten)?

#### 4. 13-F-03-0055

Dienstanweisung zum Schutz gegen sexuelle Belästigung  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.05.2013

Im GPR-Info vom März dieses Jahres wird auf die Auslagepflicht der Dienstanweisung zum Schutz gegen sexuelle Belästigung in der Stadtverwaltung hingewiesen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

- Sind in allen Ämtern und Betrieben die Regelungen der Dienstanweisung zum Schutz vor sexueller Belästigung ausgelegt?
- Gibt es Erkenntnisse darüber wie oft es in der Stadtverwaltung in der Vergangenheit zu Vorfällen sexueller Belästigung gekommen ist und wie jeweils mit den Betroffenen (Opfer und Täter) umgegangen wurde?

#### 5. 13-F-03-0056

Sachstand Frauenquote für Aufsichtsräte  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.05.2013

Der Ausschuss hat am 13.03.2012 eine Prüfung der rechtlichen Situation zur Erhöhung der Frauenquote sowie die Erarbeitung eines Erfahrungsberichts beschlossen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Zu berichten, was die Prüfung der rechtlichen Situation zur Erhöhung der Frauenquote in den Geschäftsführungen und Aufsichtsräten ergeben hat.

2. Den Erfahrungsbericht dazu, wie sich die Situation in vergleichbaren Städten darstellt und welche Maßnahmen dort zur Erhöhung der Frauenquote umgesetzt wurden, bzw. geplant sind, vorzulegen.

**6. 13-F-03-0057**

Anonyme / vertrauliche Geburt  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.05.2013

In besonderen Notlagen Schwangerer ist die Möglichkeit einer anonymen oder vertraulichen Geburt wichtig für die Sicherheit und Gesundheit von Mutter und Kind. Die Zusicherung der Anonymität ist für einige Frauen eine Grundvoraussetzung, sich überhaupt auf einen Beratungs- und Unterstützungsprozess einzulassen. Ein Kabinettsbeschluss vom März dieses Jahres möchte die Frage der Anonymität im Konfliktfall von einem Familiengericht entscheiden lassen. Es ist jedoch fraglich, ob sich Frauen in Krisensituationen überhaupt noch auf eine vertrauliche Geburt einlassen würden, wenn ihnen die Entscheidung über die Anonymität aus der Hand genommen wird. In Wiesbaden bietet die Aktion Moses derzeit anonyme Beratung am Telefon und in der Beratungsstelle an.

Der Ausschuss möge beschließen:

Es werden Vertreter/innen der Aktion Moses, möglichst mit juristischer Kompetenz, zu einer der kommenden Ausschusssitzungen eingeladen,

- zur Vorstellung ihrer aktuellen Arbeit
- und um ihre Einschätzung zu hören, ob sich für Wiesbadener Frauen nach der angekündigten Gesetzesänderung zur vertraulichen Geburt etwas ändern würde und falls ja was.

**7. 12-F-33-0129**

„Frauen im Erwerbsleben“  
Beschluss des Ausschusses für Frauenangelegenheit Nr. 0084 vom 13.11.2012

**ANLAGE** - Bericht

**8. 13-F-03-0010**

Keine frauenfeindliche Werbung in Wiesbaden  
Beschluss des Ausschusses für Frauenangelegenheit Nr. 0003 vom 29.01.2013  
Bericht des Magistrats

**ANLAGE**

**9. Aktuelles aus dem Kommunalen Frauenreferat**

**10. Verschiedenes**

## Tagesordnung 2

### 12-F-33-0060

„Anonymisierte Bewerbungsverfahren“  
Beschluss des Ausschusses für Frauenangelegenheiten Nr. 0081, Ziff. 2 vom 13.11.2012

**ANLAGE** - Bericht

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Schuchalter-Eicke  
Vorsitzende